

Gewerkschaften/Universität/Bildung/Politik/Soziales/Kollektivverträge

GÖD-Universitätsgewerkschaft fordert mehr Gerechtigkeit bei Kollektivvertragsverhandlungen

Utl.: Die Universitätsmitarbeiter dürfen in der Prioritätenliste nicht mehr an letzter Stelle stehen! =

Wien (OTS) - Der Dachverband der Universitäten (DV) beklagt in einer Aussendung durch den Vorsitzenden Rektor Schütz eine angeblich uneinsichtige Haltung der Gewerkschaft in der noch offenen Gehaltsfrage bei den Kollektivvertragsverhandlungen. Aus dessen Darstellung geht recht deutlich hervor, dass da ein tief greifendes Missverständnis Seitens des DV vorliegt, dem wir an dieser Stelle gerne aufklärend entgegentreten möchten.

Immerhin geht es dabei um eine ungerechte Behandlung der größten Gruppe von Leistungsträgern an den Universitäten im Bereich Lehre, Forschung, Technik und Verwaltung, die schöngeredet wird. Die Universitäten sind einer von mehreren aus der Bundeshoheit ausgegliederten Institutionen und in allen anderen haben die Gehaltsabschlüsse im Grossen und Ganzen zumindest eine Inflationsabgeltung gebracht.

Der DV beruft sich auf den Umstand, dass das BMWF kein Budget für Gehaltsanpassungen bewilligt hat. Das ist in der Form unrichtig, da das BMWF in den Leistungsvereinbarungen lediglich keine Budgetposten akzeptiert, die eine Gehaltsanpassung ausweisen, sondern das BMWF geht davon aus, dass diese in den üblichen "Betriebskosten" mitkalkuliert sind und es somit lediglich um ein zu verhandelndes Leistungspaket geht, das die Universitäten für ein angebotenes garantiertes Globalbudget für 3 Jahre eingehen. Wären die Leistungsvereinbarungen nicht schon abgeschlossen, so würden wir gerne dem DV raten einmal zu probieren, als Budgetposten beim BMWF die jährlichen Erhöhungen der Energiepreise, Mieten u.d.gl. als Budgetposten bei den Leistungsvereinbarungen extra zu beantragen. Dazu würden die Universitäten garantiert die gleiche Antwort vom BMWF erhalten, nämlich dass dafür extra kein Geld vorhanden ist, bzw. dass keine Energiekostensteigerungen separat abgedeckt werden. Von so etwas war aber im Laufe der Verhandlungen der Leistungsvereinbarungen nichts zu vernehmen und demnach haben die Universitäten sehr wohl in ihre Kalkulationen diese Art der Kostensteigerungen implizit berücksichtigt - offensichtlich aber auf die Gehaltsanpassungen für das Universitätspersonal "vergessen". Genauso gut könnten die Universitäten ihren Mitarbeitern trotzdem noch eine gerechte Gehaltsanpassung bezahlen und falls das Geld wirklich nicht reichen sollte sagen, wir können die Stromrechnung oder die Mieten nicht mehr bezahlen und müssen nun z.B. für einen Tag pro Woche den Strom oder die Heizung abschalten - aus der Logik eines Globalbudgets heraus wäre es genau dasselbe.

Die Universitäten lassen es aber lieber darauf ankommen, die Gehaltsanpassungen einsparen zu wollen. Das ist eine so nicht akzeptierbare Vorgangsweise des Dachverbandes, die letztlich nur signalisiert und deutlich macht, dass an den Universitäten die Mitarbeiter offenbar hinter den E-Werken, Energieversorgern und Vermietern in der Prioritätenliste auf der niedrigsten Stufe stehen. Das kann und will die Gewerkschaft so nicht hinnehmen!

Das weitere Argument, welches in Richtung sozialer Frieden geht, indem argumentiert wird, dass ein Teil der Mitarbeiter als Beamte bereits eine festgeschriebene Nulllohnrunde hinnehmen müssen und deshalb diese auch für alle anderen gelten müssen, greift deutlich daneben und kann eigentlich nur als vorgeschobenes Argument aufgefasst werden. Keine der beamteten Kolleginnen und Kollegen würde trotz der aktuellen Nulllohnrunde den nicht beamteten KollegInnen eine adäquate Gehaltsanpassung neidig sein. Die Kolleginnen und Kollegen nach Kollektivvertrag haben bei weitaus geringerer Absicherung ihres Arbeitsplatzes im Vergleich zu den Beamten auch so gut wie keine Sprünge in ihrem Gehaltsschema eingebaut, die ja für die Beamten dennoch weiterlaufen. Abgesehen davon wären die Universitäten ja ohnehin mehr als interessiert daran, Beamte aus ihren definitiven Anstellungen heraus und in den Kollektivvertrag zu locken. Was sollte den Universitäten also schlimmeres passieren, als dass die Beamten reihenweise in den Kollektivvertrag wechseln möchten, wenn die nach Kollektivvertrag angestellten Mitarbeiter durch eine ehrliche Gehaltsanpassung angeblich so sehr bevorzugt sein würden?

Allein daran kann man erkennen, wie wenig stichhaltig die Argumentation des Dachverbandes in Sachen Ausgewogenheit zwischen den Mitarbeiterkategorien ist!

Die vom DV angebotenen Einmalzahlungen und einmaligen Zuschläge zu den Entgelten im Jahr 2013 sind nicht staffelwirksam und würden am Ende des Jahres wieder wegfallen und damit einen realen Einkommensverlust von bis zu 6% ausmachen. Die im Jahr 2013 für 2014 zu führenden KV-Verhandlungen würden nämlich wieder von den niedrigeren KV-Gehältern des Jahres 2012 ausgehen und wohl kaum einen Abschluss von 6% erwarten lassen. Der DV würde dabei wieder mit denselben Ausflüchten operieren, da sie ja ein Globalbudget für 3 Jahre bekamen und sich somit an den vorgebrachten Argumenten in diesem Zeitraum wohl kaum etwas ändern kann.

Ja, Bewegung in den Verhandlungen ist tatsächlich gefragt, da sind wir uns zweifellos einig!

Die Bewegung muss aber derart gestaltet sein, dass sich nach dem Verhandlungsabschluss die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten, die unumstritten weit mehr als in jedem anderen "Betrieb" das wichtigste "Betriebskapital" sind, sich nicht mehr am unteren Ende, sondern wieder am oberen Ende der Prioritätenliste fühlen können!

~

Rückfragehinweis:

Dr. Richard Kdolsky,
Vorsitzender der Universitätsgewerkschaft
Tel.: 01/40400/56 19 od. 59 40

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/93/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0033 2013-02-22/09:32

220932 Feb 13